

# transparent

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. / Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund

Woher kommt die  
neue Lehrkraft?

Seiten-  
einstieg?

Studium?

Seite 3: Forderung für die Tarifverhandlungen 2021: 5 Prozent mehr!

Seite 3: Seiteneinstieg – DIE Lösung für den Lehrermangel in Sachsen-Anhalt?

Seite 18: Radikalisierungsprävention

## Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder,



Torsten Wahl

ich hoffe und wünsche, dass Sie gut in das neue Schuljahr gestartet sind.

Auch dieses Schuljahr beginnt wieder nach dem Motto „The same procedure as every year“ in Verbindung mit viel Ungewissheit.

Mit Ungewissheit darüber, wie die Vielzahl unbesetzter Stellen an den einzelnen Schulen verkraftet werden soll. Mit Ungewissheit darüber, wie stark die Abordnungswelle wieder durch die Kollegien rollt. Mit Ungewissheit darüber, wie sehr die Auswirkungen der Coronapandemie sich im Schulalltag wiederfinden.

Mit Ungewissheit darüber, wie die neue Landesregierung die Schul- und Bildungspolitik in den nächsten Jahren gestalten will. Im Entwurf der Koalitionsvereinbarung sind zwar einige Ausführungen enthalten, wie Beibehaltung der Schulstruktur, Verbesserung der Schulinfrastruktur und der Schulbauten. Allerdings fehlen Aussagen, wie die zukünftige Landesregierung sich vorstellt, die Anhebung der Grundschullehrkräfte in E13/A13 oder eine Angleichung von tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften umzusetzen oder dem Lehrermangel entgegenzuwirken. Bei Letzterem will die zukünftige Landesregierung die Gewinnung von Lehrkräften aus

dem Bereich der Seiten- und Quereinsteiger weiter priorisieren.

Eines ist jedoch gewiss. Ab 15.09. wird es eine neue Landesregierung geben und der Posten der Leitung des Bildungsministeriums wird neu besetzt. Mit dem Stand des Redaktionsschlusses ist davon auszugehen, dass Frau Eva Feußner dieses Amt übernehmen wird.

Mit Gewissheit lässt sich jedoch auch noch eines sagen: Im Oktober beginnen die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder, also für die tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen unter uns. Diese Tarifverhandlungen werden wieder sehr kompliziert sein und auch von Warnstreiks begleitet werden müssen. Es geht für unsere tarifbeschäftigten Pädagoginnen und Pädagogen dabei nicht nur um eine prozentuale Anhebung des Entgelts. Vielmehr muss die Paralleltabelle, die die Angleichung der Bezahlung der tarifbeschäftigten Pädagoginnen und Pädagogen regelt, weiterentwickelt werden. Hier blockt die TdL als Arbeitgebervertreter schon seit 2 Jahren die Gespräche. Es wird mit Gewissheit also spannend.

Ihr Torsten Wahl  
Landesvorsitzender

## Impressum

**VBE transparent** – Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung,  
Landesverband Sachsen-Anhalt

**Herausgeber:**  
Verband Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt

**Redaktionelle Bearbeitung:**  
Torsten Wahl, Forellenweg 13, 06463 Falkenstein/Harz,  
Tel.: 034741/990467, Fax: 034741/748024

**Landesgeschäftsstelle:**  
Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale,  
Telefon: 0345/6872177, Fax: 0345/6872178,  
Internet: www.vbe-lsa.de, E-Mail: post@vbe-lsa.de

**Bankverbindung**  
Sparkasse Halle, IBAN: DE81800537620387011317,  
BIC: NOLADE21HAL

**Basisgestaltung:**  
Typoly Berlin, www.typoly.de

### Fotos

Titelbild: pixabay / T. Wahl, S. 2: VBE Sachsen-Anhalt, M. Urban, S. 5–8: K. Bode, S. 12: Design\_Miss\_C – pixabay, S. 13: Esi Grünhagen – pixabay, S. 18: ZEOK e. V., S. 19: kagemusha – stock.adobe.com, S. 21: Udo Beckmann

### Gesamtherstellung, Verlag, Anzeigenverwaltung:

Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm,  
Tel.: 02385/46290-0, Fax: 02385/46290-90,  
E-Mail: info@einfach-wilke.de, www.einfach-wilke.de

Die offizielle Meinung des VBE Sachsen-Anhalt geben nur gekennzeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Organe des VBE Sachsen-Anhalt wieder. Die mit Namen oder Pseudonym gekennzeichneten Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

**Redaktionsschluss für Ausgabe 4/2021: 08.11.2021**

ISSN 2190-4499

## Forderung für die Tarifverhandlungen 2021: 5 Prozent mehr!

Am 8. Oktober 2021 starten in Berlin die Verhandlungen für den Tarifvertrag der Länder (TV-L). In Vorbereitung auf die Tarifverhandlungen wurden auf der Tagung der Bundestarifkommission die Forderungen seitens des dbb beamtenbund und tarifunion beschlossen:

- Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 5 %, mindestens um 150 Euro monatlich (Beschäftigte im Gesundheitswesen mindestens 300 Euro)
- Erhöhung der Azubi-/Studierenden-/Praktikantinnen-/Praktikanten-Entgelte um 100 Euro monatlich
- Laufzeit 12 Monate
- Wiederinkraftsetzen der Regelung zur Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung

Darüber hinaus fordert der VBE Sachsen-Anhalt:

- sofortige Einführung/Umsetzung der Paralleltabelle
- stufengleiche Höhergruppierung unter Mitnahme der Stufenlaufzeit
- sofortiges „Auftauen“ der Jahressonderzahlungen
- §§ 16, 17 TV-L: Stufenregelungen (u. a. schädliche Unterbrechungen abmildern, Anerkennung von einschlägigen, förderlichen Berufserfahrungen, klare Entfristungsregeln)

„Das ist ein notwendiges Signal! Das hohe Engagement der Lehrkräfte, nicht nur in der Zeit der Pandemie, muss jetzt auch finanziell aufgewogen werden. Außerdem muss dem zunehmenden Lehrkräftemangel durch eine bessere Bezahlung entgegengewirkt werden“, stellt Torsten Wahl, Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt, fest.

Der Bundesvorsitzende Udo Beckmann ist überzeugt, dass die Erhöhung der Gehälter dringend notwendig ist, betont aber auch: „Nicht nur die bessere Bezahlung wird das Problem des immensen Lehrkräftemangels lösen können. Was es auch braucht, sind endlich bessere Rahmenbedingungen an Schule. Im Fokus muss die Ausfinanzierung aller an das Bildungssystem gestellten Aufgaben sein, sei es zum Beispiel die inklusive Beschulung oder das Unterrichten im digitalen Zeitalter. Hierfür braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Mit der Bundestagswahl können die Weichen gestellt werden, dass das Kooperationsverbot endlich durch ein Kooperationsgebot ersetzt wird.“ Mehr Informationen auch unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde).

*vbe-redaktionsteam*

## Seiteneinstieg – DIE Lösung für den Lehrermangel in Sachsen-Anhalt?

Angesichts des zunehmenden Lehrermangels in Sachsen-Anhalt versucht das Land seit einigen Jahren, über den Seiteneinstieg/Quereinstieg in den Lehrerberuf diesem Mangel zu begegnen.

In der kommenden Legislatur soll weiterhin der Weg über den Seiteneinstieg/Quereinstieg für mehr Lehrende im Unterricht vor den Klassen sorgen. Grundsätzlich lehnen wir als VBE Sachsen-Anhalt den Einsatz von Seiten- und Quereinsteigenden nicht ab.

Dieser Weg war zunächst sehr beschwerlich und ist es auch immer noch. Interessenten, oftmals mit einer sehr weitreichenden Qualifikation, wie z. B. einem Diplomabschluss oder einer abgeschlossenen Promotion, werden mit „Ableitungen“ aus Unterrichtsfächern der jeweiligen Schulform, in der sie sich beworben haben, ein „sortiert“. Ein Abschluss als Diplom-Geograf oder

Diplom-Geografin rechtfertigt aus Sicht des Landeschulamtes nicht die fachwissenschaftliche Anerkennung für das Lehramt an Sekundarschulen in den Fächern Mathematik und Geografie. Es würde irgendein Modul oder ein Teilabschnitt im Bereich Mathematik fehlen. Somit bleibt nur die Ableitung für das Fach Geografie. Auch so kann man Interessenten verschrecken.

Ist man aber als Seiteneinsteigende für den Schuldienst für gut befunden, dann geht es erst zu einen „Schnellbesohlungskurs“ und anschließend mitten hinein in den Schulalltag. Und danach?

Entweder der Weg geht als „Seiteneinsteiger-Lehrkraft“ weiter oder es besteht die Möglichkeit, berufsbegleitend den Vorbereitungsdienst zu absolvieren. Beide Wege setzen ein unterstützendes Kollegium voraus. Ohne dieses ist den entsprechenden Kolleginnen und Kollegen wenig

geholfen. Hier ist eine Begleitung seitens des Landeschulamtes und des LISA eigentlich dringend geboten. Sonst kann schnell das Gegenteil passieren. Die Seiten- bzw. Quereinsteigenden verlassen resignierend den Schuldienst.

Seit der Öffnung des Schuldienstes für Seiten- und Quereinsteigende hat Sachsen-Anhalt zunehmend den Weg geebnet. Es gibt aber auch immer noch genügend Steine, die seitens des Landes für diese Form der Lehrkraftgewinnung beräumt werden müssen.

Im folgenden Interview schildert Daniel Ziegler, im vorherigen Berufsleben Journalist für eine Tageszeitung im nördlichen Sachsen-Anhalt, seinen Weg vom Seiteneinstieg zum „richtigen“ Lehrer.

Wir als VBE Sachsen-Anhalt fordern für Seiteneinsteigende und Quereinsteigende:

- Es muss ihnen die pädagogische Qualifizierung gewährt und Hilfe im Schulalltag geboten werden.
- Seiten- und Quereinsteigende müssen eine mindestens halbjährige Vorqualifizierung in den Fachdidaktiken und in Pädagogik erhalten.

- Mit der Besetzung von offenen Stellen durch Seiteneinsteigende dürfen für die Schulen keine Nachteile verbunden sein. Zeiten, die für die berufsbegleitende Ausbildung benötigt werden, müssen sich bedarfserhöhend auswirken. Die entsprechenden Stellenanteile dürfen nicht für das Lehrerstundenkontingent eingerechnet werden.
- Zusätzliche Kooperationszeit für das bestehende Kollegium und die Zeit für die berufsbegleitende Weiterbildung der Seiteneinsteigenden müssen „on top“ dazukommen.

vbe-redaktionsteam

#### Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://landeschulamt.sachsen-anhalt.de/personalgewinnung/seiteneinstieg/>



## Der Weg vom Seiteneinsteiger zum „richtigen“ Lehrer

**Im Gespräch für die Zeitschrift „transparent“ berichtet Daniel Ziegler, ehemaliger Seiteneinsteiger und jetzt Lehrer mit dem Lehramt Musik und Geschichte für Sekundarschulen, über seinen Werdegang von einem hoch motivierten Seiteneinsteiger zu einem immer noch hoch motivierten Lehrer.**

**vbe-redaktionsteam: Sie sind jetzt bereits im vierten Schuljahr als Seiteneinsteiger Lehrer. Ihr neuer Beruf ist nicht mehr ganz so neu. Sind Sie – nach der beruflichen Veränderung, die ja einen großen Einschnitt in der Biografie darstellt – ein zufriedener Lehrer, ein zufriedener Mensch?**

Ich begegne jeden Tag Kindern und Jugendlichen, die aufgeweckte Fragen stellen, die scheinbar Gesetztes manchmal frech hinterfragen, die sich Gedanken machen über Themen, die ich mit ihnen bespreche, und die eigene Motivation aufbringen können, sich mit Lösungen von Problemen auseinanderzusetzen, die aus diesen Gedanken und Themen entstehen. Das ist ein Wechselspiel, denn ich als Mensch fühle mich bereichert durch andere Sichtweisen, Intuitionen, aber auch durch die Kritik. Ich bin in meiner Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule in Aschersleben, das „mein“ sagte ich ganz bewusst, aber nicht nur umgeben von wunderbaren Kindern und Ju-

gendlichen, sondern auch von einem Team, das von großer Kollegialität und Empathie für die Kinder und für einander getragen ist. Ja, ich bin zufrieden.

**vbe-redaktionsteam: Die Motivation für den Wechsel des Berufs war also eine Unzufriedenheit?**

Nein, allein die Unzufriedenheit als Beweggrund für die Suche nach einer neuen beruflichen Perspektive anzugeben, wäre zu kurz gegriffen. Ich bin sehr gern Journalist gewesen. Ich habe auch sehr gern im Lokalen der Tageszeitung gearbeitet. Viele empfinden dieses Klein-in-Klein als verstaubt, die Berichterstattung als provinziell. Aber der Lokaljournalismus bietet als eine Art Mikrokosmos alles, was die Welt bereithält, Themen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft, aus dem Sozialen. Und man ist den Akteuren sehr nah, was eine vertrauensvolle und grundehrliche Zusammenarbeit ausmacht.

Die Bedingungen des Lokaljournalismus haben sich aber verschlechtert und das hat Auswirkungen auf seine Qualität. Die Redaktionen sind personell so eng besetzt, dass man kaum mehr Zeit hat, „Kummerkasten“ zu sein oder Leserideen zu verfolgen. Mehr noch, der Leser soll im digitalen Zeitalter selbst mit Kamera und Smartphone Berichte liefern für die Tageszeitung, für die er am nächs-

ten Tag als Kaufkunde betrachtet wird. Nur damit die Redaktionen Personal und damit Kosten sparen, um in jeden Winkel des Lokalen vorzudringen. Die Funktion der Zeitung als „Nachrichten-Dienstleister“ wird in meinen Augen damit ad absurdum geführt. Das Personal in den Redaktionen muss gleichzeitig viele Kanäle bespielen: online, Print, daneben Recherche und Leserkontakt. Diese Überforderung tut der Zeitung nicht gut und Redaktionen arbeiten dann schnell in einer Routine, die den Blick verstellt für Nachrichten, das Gespür für Ereignisse, die Motivation für das Hinterfragen. Insofern habe ich meinen bisherigen Beruf als nicht mehr sinnstiftend empfunden, als nicht mehr auf den Menschen ausgerichtet.

### vbe-redaktionsteam: Den tieferen Sinn im eigenen Wirken – das haben Sie in der Schule gesehen?

Dass die Schule als Wirkungsfeld in mein Blickfeld gerückt ist, hat meines Erachtens für mich persönlich zwei Anlässe, einen konkreten und einen emotionalen. Das klingt für die Leserinnen und Leser vielleicht etwas pathetisch, aber es ist wirklich so gewesen. Der emotionale Grund liegt, das ist schwer zu beschreiben, darin, dass ich ganz bewusst meinen Neffen habe aufwachsen sehen. Ich habe gestaunt über die väterlichen Fähigkeiten meines zehn Jahre jüngeren Bruders, eigentlich ein



kleiner Filou, nun in einer ganz neuen Rolle. Er war Vater, als hätte er nie etwas anderes gemacht. Ich habe meinen Neffen beobachtet, der die Welt entdeckt hat, allen voreingenommen und herzlich begegnet ist, Fragen gestellt und spielend gelernt hat. Wie wunderbar. Für mich



## Autostadt Bildungskampagne

„Wie leben, lernen und arbeiten wir morgen?“ Die Autostadt in Wolfsburg macht als ausgezeichnete außerschulischer Lernort die Themen Digitalisierung und Mobilität der Zukunft praxisnah und nachhaltig erlebbar. Ab diesem Herbst haben Schülerinnen und Schüler in einem neuen Bildungswettbewerb die Möglichkeit, kreative Antworten auf die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft zu geben.

Ab September 2021 startet bundesweit die Autostadt Bildungskampagne, bei der Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und Klassenstufen eigene innovativen Ideen in einem spannenden Bildungswettbewerb entwickeln und umsetzen können. Dabei erhalten sie – und ihre Lehrkräfte – schon ab der Bewerbungsphase tatkräftige und projektbegleitende

Unterstützung durch die Autostadt und ihre Kooperationspartner Microsoft Deutschland, Volkswagen, CGI Deutschland, Yuanda Robotics, robospace, Funke Mediengruppe sowie Lernhacks. Die erfolgreichsten Teams erhalten im Juli 2022 die Möglichkeit, ihre finalen Challenge-Ergebnisse in der Autostadt vor einem Publikum aus Kooperationspartnern, Start-Ups und weiteren Gruppen von Teilnehmenden zu präsentieren.

Nicht nur in Form von individuellen Tipps aus der Praxis, breitem fachlichem Know-How und altersgerechten Lern- und Arbeitsmaterialien, sondern auch mit einem von der Autostadt entwickelten Workshop zur Kreativmethode Design Thinking (digital oder vor Ort) wird bei der Bildungskampagne eine Plattform für

offenen Austausch und praxis- und problem-lösungsorientiertes Denken geschaffen. Die insgesamt sechs ausgeschriebenen Bildungschallenges aus den vier Themenfeldern MINT, Medien, Lern- und Kreativitätstechniken sowie Nachhaltigkeit richten sich an Kinder und Jugendliche bereits ab dem Grundschulalter. Das inhaltliche Spektrum reicht dabei von Robotik und Coding über die Gestaltung von Technik-Podcasts bis hin zur Umsetzung von praktischen Ideen zu nachhaltiger Ernährung und innovativen Lernformen.

Die Ideen- und Bewerbungsphase der Autostadt Bildungskampagne startet am 2. September 2021. Eine Anmeldung der Teams mit einer Skizze der Projektidee erfolgt durch die Lehrkraft mit einem Anmeldeformular per E-Mail. Detaillierte Challenge-Ausschreibungen, das Anmeldeformular sowie nähere Informationen zur Bewerbung und Zusammenarbeit gibt es unter [www.autostadt.de/bildung](http://www.autostadt.de/bildung).

Die Autostadt bietet zudem durchgehend ein vielseitiges Workshop-Programm zu den Themen Mobilität und Digitalisierung an und lädt alle interessierten Lerngruppen herzlich zur Teilnahme ein!

**A**  
AUTOSTADT

**Kontakt:**  
Autostadt GmbH  
Stadtbrücke, 38440 Wolfsburg  
[www.autostadt.de/bildung](http://www.autostadt.de/bildung)  
[bildung@autostadt.de](mailto:bildung@autostadt.de)



waren diese sehr nahen Erfahrungen berührend und insofern bewegend, sodass in mir das Gefühl reifte, beruflich etwas tun zu wollen, das ganz sinnvoll und auf die Menschen ausgerichtet ist.

Den konkreten Anlass, mich als Seiteneinsteiger für die Lehrertätigkeit zu bewerben, bot der Besuch einer Schule im Salzlandkreis in meiner früheren Tätigkeit als Redakteur. Ich kannte den in vielen Bereichen sehr engagierten Schulleiter. Sein Haus kämpfte, wie viele in jenem Winter und Frühjahr, mit den Folgen einer Grippewelle für Kollegen und Schüler. Klassen wurden zusammengelegt, viele Stunden fielen aus. Ich wollte darüber berichten. Wir saßen in seinem Büro. Ich begann mit dem Interview. Irgendwann sagte er – zum Spaß –: „Weißt du, wenn du mir wirklich helfen willst, dann übernimm einfach eine Klasse.“ Aus dieser Idee entwickelten sich viele Gespräche über meine Qualifikation, über meine Vorstellungen von Bildung, über die Möglichkeiten des beruflichen Neuanfangs über den Seiteneinstieg, ich wurde den Seiteneinsteigern der Schule vorgestellt und wir schmiedeten den Plan, dass ich mich bewerbe. Der Schulleiter kümmerte sich darum, ich glaube, in Absprache mit dem schulfachlichen Referenten, dass meine Unterlagen an der entsprechenden Stelle landeten. Wir waren ganz euphorisch. Ich würde Musik unterrichten können, denn hier fehlte ein Lehrer.

**vbe-redaktionsteam: Und obwohl alles geradezu optimal lief, wurde es dann eine andere Schule!**

Richtig. Wenig später erhielt ich Post vom Landesschulamt. Ich sollte mich online auf einer Plattform anmelden. Heute weiß ich, das ist übliches Prozedere für Lehramtsanwärter. Ich klickte mich durch und setzte meinen

Haken an alle Schulen, die Musiklehrer suchten. Wie sich hinterher herausstellte, ein Fehler, denn ich hätte mich für eine Bildungseinrichtung entscheiden müssen. Klar, alles auf einmal geht nicht. So bekam ich immer wieder Absagen und die in den Briefen freundlich, aber bestimmt formulierte Bitte, mit keiner Schule selbst Kontakt aufzunehmen. Nur mir fehlte das Ja! Die Schule meines bekannten Schulleiters hatte inzwischen einen Musiklehrer für den Förderschulbereich bekommen. Wie es mit mir weitergehen sollte, wusste ich noch nicht. Klarheit kam dann in Form eines Anrufes meiner heutigen Schulleiterin Katrin Jelitte: „Hier ist die Schweitzer-Gemeinschaftsschule in Aschersleben. Musik – sehr gut! Geschichte – sehr gut! Auch mal ein Mann neben vielen Frauen – gut. Willkommen bei uns.“ Dieser unverwechselbaren und direkten Herzlichkeit konnte ich mich nicht entziehen. Außerdem hatte ich Musikwissenschaft und Geschichte studiert und war froh, künftig im Beruf diesen Interessen wieder stärkere Betonung verleihen zu können.

Ich musste Katrin Jelitte aber zunächst erst einmal sagen, dass ich Seiteneinsteiger bin.

**vbe-redaktionsteam: Das war der Schule nicht bekannt?**

Offensichtlich nicht. Denn sie hatte auch Pläne, mich als Klassenlehrer einzusetzen. Wir trafen uns schnell zu Gesprächen, gemeinsam mit dem damaligen stellvertretenden Schulleiter Wolfgang Reiter, der mich bald ebenfalls ermutigte, als Lehrkraft einzusteigen. Beide leiteten auch alles in die Wege, dass ich einen Vertrag unterschreiben kann und „im System“ wahrgenommen werde.

**vbe-redaktionsteam: „Im System“?**

Ja. Denn vom Schulamt hatte ich bis dato nichts gehört, außer die Absagen.

**vbe-redaktionsteam: Wie bewerten Sie das?**

Ich empfinde es aus der Sicht der Seiteneinsteiger als ganz schwierig, denn diese Personen hatten niemals Kontakt zu den Bildungsbehörden und haben keinerlei Vorstellungen über das Prozedere hier. Ich empfinde es aber auch mit Blick auf Lehramtsstudenten als sehr unpersönlich. Menschen, die ins Berufsleben starten, müssen an die Hand genommen werden. Das macht jedes Unternehmen, jeder Dienstleister. Und wenn wir ehrlich sind, bis heute hört man von den Problemen, die sich allein aus dem Bewerbungsverfahren mit den fehlenden persönlichen Kontakten zu den Bewerbern ergeben.

**vbe-redaktionsteam: Hat Sie der Start nicht entmutigt?**

Nein. Denn ich hatte von Anfang an das Gefühl, an meiner Schule richtig zu sein. Die Unterstützung der Schulleitung, aber auch die Freundlichkeit und Offenheit des Kollegiums haben mich von Anfang an beflügelt und mir den Eindruck vermittelt, dass viele mir zutrauen, was ich mir vorgenommen habe.

Außerdem war ich inzwischen auch im Kontakt mit dem Schulamt. Jetzt sehr intensiv. Und zum Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung: Ich gehörte 2018 zu einer Gruppe von Seiteneinsteigern, die vor ihrem Eintritt in den Schuldienst in einem vierwöchigen vorge-schalteten Einführungskurs unter der Leitung von Petra Hübner in Halle und anderen Tagungsorten thematisch vielfältig vorbereitet wurden. Das war sehr wichtig und hilfreich für mich. Aus fachlicher Sicht, weil Grundlegendes vergewissert wurde. Persönlich, weil ich viele Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger mit ihren Lebensgeschichten und ihren spannenden Vorstellungen darüber, Kinder auf dem Weg zum Erwachsenwerden begleiten zu können, kennengelernt habe.

**vbe-redaktionsteam: Dieser Kurs hat Ihnen also geholfen?**

Auf jeden Fall. Die Vorstellung, die eigene Schulerfahrung als Schüler zum Vorbild zu nehmen, hatte ich zwar nicht. Aber ich hatte auch keine klaren Vorstellungen davon, was mich wirklich erwarten würde. Hier gelassen und gewappnet zugleich zu sein, hat der Kurs gut vermitteln können, besonders in der Betonung von Grundlagen des Lernens, den Parametern guten Unterrichts, der Stärkung der Lehrerpersönlichkeit und dem Bewusstsein von Schule als pädagogischer Einrichtung, also eben nicht die „Lernfabrik“. Meine Aufzählung deutet aber auch an, welche anderen Gefühle der Einführungskurs in mir her-

vorgerufen hat. Nämlich, dass das Lehramtsstudium und die Praxiserfahrungen an den Schulen ihre uneingeschränkte Daseinsberechtigung haben. Die Coronapandemie hat das öffentliche Bewusstsein über Schule und Lehrer ja ein wenig wachgerüttelt und in vielen Bereichen auch eine Anerkennung generiert, zumindest in der Wahrnehmung, die es so lange nicht mehr gab.

**vbe-redaktionsteam: Stichwort professionelle Ausbildung – für Sie eröffnete der Vorbereitungsdienst die Perspektive, sich als Lehrer zu qualifizieren?**

Unbedingt – und ich empfehle dem Land und den zuständigen Bildungsakteuren, wenn möglich allen Seiteneinsteigern die Option des Vorbereitungsdienstes zu eröffnen. Im Moment verrennen sich die Behörden noch in zu vielen Paragrafen, die angesichts der Lehrerversorgung im Land vielleicht auch überdenkenswert sind. Wenn Seiteneinsteiger, ich kenne Kollegen mit zwei abgeschlossenen Studien oder mit Promotionen in der Tasche, darum ringen, dass aus ihrem (wohlgemerkt abgeschlossenen) Studium zwei Fächer abgeleitet, also anerkannt werden, die sie ohnehin in der Schule unterrichten, dann läuft doch etwas schief. Ich stelle mir immer vor, was passiert, wenn so etwas vor Gericht landet und beispielsweise Eltern klagen, dass ein Lehrer ihr Kind unterrichtet, der keine klassische Ausbildung hat. Wie wird dann seitens der Behörden argumentiert? „Ja, Herr X oder Frau Y haben Mathematik studiert und unterrichten das Fach, ebenso Informatik, aber das können wir beim besten Willen hier nicht anerkennen.“

**vbe-redaktionsteam: Ist das logisch?**

Deshalb schnell in den Vorbereitungsdienst und den Weg zum Zweiten Staatsexamen öffnen. Passiert das, müssen die Konditionen von Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen angepasst werden. Ich war in einer ersten Gruppe, in der Seiteneinsteiger in Sachsen-Anhalt den Vorbereitungsdienst absolviert haben. 5 meiner 25 Stunden an der Schule wurden dafür abgemindert. Den Rest habe ich, wie in meinem Vertrag vereinbart, unterrichtet. Dann lässt es sich aber schwer darstellen, dass 8 Stunden von Mentoren begleiteter Unterricht sein sollen und 4 eigenverantwortlich, so wie die Verordnungen es vorsehen. Bleiben 8 Stunden, die irgendwie laufen sollen. Zumal Seiteneinsteiger in Schulen eingesetzt werden, in denen die Versorgung schlecht ist und oft in Nebenfächern kaum Mentoren auffindbar sind, schlichtweg weil es sie nicht gibt (wie in Kunst, Musik). Außerdem sind Vorgaben wie Hospitationen kaum umsetzbar, wenn man neben dem berufsbegleitenden Referendariat voll arbeitet. Die Behörden übersehen auch schnell, dass man als Seiteneinsteiger (inzwischen, seien wir ehrlich, auch als Referendar) möglicherweise vom ersten Tag an Klassenlehrerfunktionen übernimmt. Elterngespräche, Konferenzen, Elternabende, Konferenzen, Tage der offenen

Türen können dann schnell mit Seminarterminen kollidieren, was immer Konfliktpotenzial birgt. Gute Lehrende können sich die Perspektive der Lernenden aneignen. Versetzen wir uns in die Lage der Referendarinnen und Referendare: Ich nehme allen ab, dass sie Ausbildung und Einsatzort gleichermaßen gerecht werden wollen, besonders auch Seiteneinsteiger, die (oft sicherere und hoch dotierte) Tätigkeiten verlassen, um an die Schule zu gehen. Doch wenn in den Strukturen Flexibilität fehlt, dann entstehen schnell Frustration und Demotivation. Sicherlich ist das Prinzip der Vergleichbarkeit wichtig, aber es darf nicht Dogma sein. Zur Wahrheit gehört auch, dass an den Schulen Lehramtsanwärter und Seiteneinsteiger oft fachfremd eingesetzt werden (müssen). Dann bitte auch mit Bestätigung auf dem Papier und entsprechender finanzieller Honorierung.

**vbe-redaktionsteam: Sie sind nach dem Vorbereitungsdienst ernüchtert?**

Nein! Ich wiederhole es noch einmal: Ich erkenne die Lehrerausbildung an und mehr noch, ich würde sie mir für jeden wünschen, der in der Schule arbeitet. Die Inhalte des Vorbereitungsdienstes sind so grundlegend, dass es einfach auch eine Frage der Fairness ist, sie jedem Lehrer als Handwerkszeug mitzugeben. Aber es müssen wirklich diese Inhalte im Vordergrund stehen und nicht die Einhaltung von Verordnungen.

Nur noch ein kleines Beispiel: Schülerinnen und Schüler benötigen Rahmen: Ein vorbereiteter Lernort, Struktur und klare Aufgabenstellungen sind Garanten für guten Unterricht. Rituale bilden Fixpunkte im Schulalltag. Als Lehrerpersönlichkeit sollte man verlässlich sein. Das alles lernt man. Das alles erweist sich in der Praxis als plausibel.

Und in der Lehrerausbildung? Nicht selten unterscheiden sich von Fachseminar zu Fachseminar die Feinheiten beim Verfassen von Unterrichtsentwürfen. Niemand legt sich wirklich fest, keine Spur von Einheitlichkeit. Wie Kollegen berichten, ist das nichts Neues. Dazu soll jeder Unterrichtsgegenstand in der ihm eigenen Charakteristik ergründet und durchleuchtet sowie für die Vermittlung aufbereitet werden. Aber es gibt vorgegebene Seitenzahlen für die Entwürfe, deren Berücksichtigung sich auf die Benotung der Arbeit auswirkt. Das passt doch nicht!

**vbe-redaktionsteam: Welchen Rat hätten Sie für die Lehramtsausbildung?**

Mein dringender Rat, soweit mir Ratschläge zustehen, wäre, sich wieder mehr auf die Praxis zu konzentrieren und einen Fokus auf Hospitationen zu setzen. Lehrerinnen und Lehrer stehen in ihren heterogenen Lerngruppen mit Kindern, die unterschiedlich motiviert und vorgebildet sind sowie ganz unterschiedliche häusliche Unterstützung erfahren, sehr vielfältig differenzierten Herausforderungen gegenüber. Es ist sicherlich wichtig und richtig, einen ausgezeichneten Stundenentwurf verfertigen zu können und sich damit auch des Lernziels mit all seinen Ebenen der Vermittlung, auch den Fallstricken, bewusst zu werden. Die Lehrerausbildung sollte aber auch die Praxis bieten, konkrete Situationen im Klassenzimmer zu erleben und zu durchleben, in der Reflexion zu ergründen und damit ein gewisses Maß an Spontaneität hervorzurufen, als dessen Ergebnis ein nuancenreiches Spektrum an Reaktionen die Lehrkraft als von den Schülerinnen und Schülern anerkannten Lernpartner verstetigt.

**vbe-redaktionsteam: Vielen Dank für das Gespräch.**





## Abitur 2021: Auch in der Corona-Pandemie gute Ergebnisse

Obwohl das Schuljahr 2020/2021 wiederholt von den besonderen Bedingungen der Corona-Pandemie geprägt war, haben Sachsen-Anhalts Abiturientinnen und Abiturienten mit einem Notendurchschnitt von 2,2 gute Ergebnisse vorgelegt und damit den Durchschnitt des vergangenen Jahres sogar um ca. ein Zehntel verbessert.

**Insgesamt 5.172 Schülerinnen und Schüler waren zur schriftlichen Prüfung zugelassen, 4.981 legten das Abitur an allgemeinbildenden Schulen erfolgreich ab**, für 192 Schülerinnen und Schüler verliefen die Abiturprüfungen nicht erfolgreich. Die Zahl der nicht bestanden Prüfungen sank damit auf 3,7 %. Im Vorjahr lag diese Quote bei 5,3 %.

Zudem erzielten 170 Abiturientinnen und Abiturienten das Bestergebnis von 1,0. 35 % (1.745 Schülerinnen und Schüler) erreichten ein Einser-Abiturergebnis.<sup>1</sup>

„Die aktuellen Ergebnisse sind ein Beleg für die konzentrierte und verlässliche Arbeit der Schulen und Behörden. Wir haben ein großes Augenmerk auf die Prüfungsvorbereitungen gelegt und Abschlussklassen bereits früh zurück in die Schulen holen können. So gelang es in diesem Jahr, die qualitativen Ansprüche hochzuhalten und reguläres Abitur anbieten zu können. Die Schülerinnen

und Schüler, aber auch alle Lehrkräfte können stolz auf die erreichten Ergebnisse sein“, sagte Bildungsminister Marco Tullner.

Um der besonderen Situation der Corona-Pandemie gerecht zu werden, gab es in diesem Jahr besondere Zeitzugaben bei den schriftlichen Abiturprüfungen und im Fach Mathematik darüber hinausgehend Wahlaufgaben. Die inhaltlichen Anforderungen wurden jedoch konstant gehalten und Haupt- und Nachschreibetermine nicht verschoben.

Bildungsminister Tullner dankte allen Lehrkräften, die täglich mit enormem Einsatz in diesem herausfordernden Schuljahr dafür Sorge getragen haben, den positiven Gesamtergebnistrend der vergangenen Jahre fortzusetzen. „Die Absolventinnen und Absolventen haben sich diesem schwierigen und kräftezehrenden Schuljahr erfolgreich gestellt und ich möchte ihnen herzlich gratulieren. Ich wünsche ihnen einen ebenso erfolgreichen Weg in Studium und Berufsausbildung“, so Tullner weiter.

Ministerium für Bildung  
Pressemitteilung vom 20. Juli 2021

<sup>1</sup>) Im Sinne von Abiturergebnis von 1,X.

## Ende des Schuljahres 2020/2021: Sachsen-Anhalts Schülerinnen und Schüler nach Zeugnisausgabe in den Sommer verabschiedet

Nach Erhalt ihrer Zeugnisse beenden am heutigen Tag 198.408 Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt – davon 178.518 an öffentlichen und 19.890 an freien Schulen – das Schuljahr 2020/21.

Bildungsminister Marco Tullner wünschte allen Schülerinnen und Schülern erholsame Ferien und dankte allen an Schule Beteiligten für ihr besonderes Engagement in diesem herausfordernden Schuljahr.

„Uns ist bewusst, dass trotz des hohen Engagements und des Einsatzes der Lehrkräfte und Elternhäuser nicht alle Schülerinnen und Schüler vom Distanzunterricht gleichermaßen profitieren konnten. Vor diesem Hintergrund werden in Sachsen-Anhalt verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, deren Wirken auf den Abbau von Lernstandsdefiziten von Schülerinnen und Schülern gerichtet ist“, so Tullner.

Eine dieser gezielten Maßnahmen stellt das Pilotprojekt „Lerncamps“ zur Kompensation von Lernstandsdefiziten bei Schülerinnen und Schülern während der Sommerferien dar. Diese werden in Kooperation mit dem Jugendherbergsverband und dem Landesverband der Volkshochschulen durchgeführt und vorerst im Landkreis Harz, dem Burgenlandkreis sowie in Dessau-Roßlau an insgesamt vier Orten angeboten. Damit sollen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, den Anschluss an das kommende Schuljahr 2021/2022 zu verbessern und gut vorbereitet in das neue Schuljahr zu starten. Zielgruppe für die Lerncamps während der Sommerferien sind Schülerinnen und Schüler in den 7. und 8. Schuljahrgängen des Schuljahres 2020/2021 der Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. In Abhängigkeit von der Nachfrage nach einem derartigen Format ist vorgesehen, Lerncamps in künftigen Ferien auch in einem größeren Umfang vorzuhalten.

Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) hat darüber hinaus die Möglichkeit geschaffen, dass das Online-Center der Schülerhilfe für den Zeitraum vom 22. Juli 2021 bis 21. September 2021 kostenfrei für Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt zur Verfügung stehen wird. Das Angebot richtet sich vor allem an Schülerinnen und Schüler, die Lernrückstände aufholen wollen bzw. die den Lernstoff noch einmal wiederholen oder neu bearbeiten möchten. Das Online-LernCenter – aktuell einzusetzen für die Fächer Mathematik, Deutsch, Englisch, Französisch und Latein – ist für jede Schulform und jede Jahrgangsstufe geeignet. Bis zum Start des neuen Schuljahres im Sommer 2021 werden die Fächer Chemie, Physik und Biologie hinzukommen. Der Link zur Nutzung des Online-LernCenters <https://www.schuelerhilfe.de/online-lernen/sachsen-anhalt> wird zeitnah freigeschaltet.

Mit mehr als 40.000 interaktiven Einzelaufgaben und mehr als 1.700 Lernvideos ist die Schülerhilfe eine sehr gute Ergänzung zum bereits vorhandenen Angebot von [zlearn4students](https://moodle.bildung-lsa.de/zlearn4students/), das unter <https://moodle.bildung-lsa.de/zlearn4students/> zu erreichen ist.

Leistungsstarke und potenziell leistungsfähige Schülerinnen und Schüler werden in der **Webakademie des Landes Sachsen-Anhalt** auf Angebote der Digitalen Drehtür, des Begabungslotens, der Campus-Freizeit und das Phyphox-Ferienangebot – Experimentieren mit dem Smartphone – hingewiesen.

Der erste Schultag des im Anschluss an die Ferien beginnenden Schuljahres 2021/2022 ist Donnerstag, der 2. September 2021.

Ministerium für Bildung  
Pressemitteilung vom 21. Juli 2021

## Aktiv werden! Zum Schulanfang in Sachsen-Anhalt appellieren Verbände, zu Fuß, mit dem Roller oder dem Fahrrad zur Schule zu kommen

Zur neuen Normalität gehört, dass das Schuljahr wieder in vollem Präsenzunterricht startet. Was nicht mehr dazugehören sollte, ist das Bringen von Kindern mit dem Elterntaxi, finden das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW), der ökologische Verkehrsclub VCD und der Verband Bildung und Erziehung (VBE).

Zum Schulbeginn in Sachsen-Anhalt wollen sie Kinder deshalb dazu ermuntern, ihren Schulweg, wo immer es möglich ist, zu Fuß, mit dem Roller oder mit dem Fahrrad zurückzulegen. Zugleich appellieren die Verbände an deren Eltern und Lehrkräfte, die Kinder dabei tatkräftig zu unterstützen. Andere Verkehrsteilnehmende fordern sie zu besonderer Rücksichtnahme nach den Ferien auf.

### 1. An die Kinder: Schulweg aktiv gestalten!

Wer sich schon vor Unterrichtsbeginn bewegt hat, startet gut in den Schultag und kann sich besser konzentrieren. Den Schulweg aktiv zu gestalten und mit allen Sinnen wahrnehmen zu können, ist ein optimaler Start in den Tag. Zudem verbessert sich die Orientierung im lokalen Umfeld. Damit steigen auch das Selbstbewusstsein der Kinder und das Zutrauen in ihre eigenen Fähigkeiten.

### 2. An Eltern, Lehrkräfte und Erzieher/-innen: Kinder unterstützen und begleiten!

Ganz allein schaffen es gerade die Jüngsten noch nicht in die Bildungseinrichtungen. Deshalb benötigen sie Be-

gleitung bei der Gestaltung ihres Weges zur Schule oder zur Kita. Spielerisch die Regeln im Straßenverkehr zu vermitteln, hilft ihnen, sich immer selbstsicherer auf Bürgersteig und Straße bewegen zu können. Pädagogisches Personal und Eltern arbeiten dabei möglichst Hand in Hand – gemeinsam mit weiteren Partnern der Mobilitätsbildung.

### 3. An andere Verkehrsteilnehmende: Nach den Ferien besondere Rücksicht nehmen!

Nach den Sommerferien müssen die Regeln zum Verhalten im Straßenverkehr oftmals erst wieder eingeübt werden. Kinder sind darauf angewiesen, dass kleine Unachtsamkeiten durch die besondere Aufmerksamkeit der anderen Verkehrsteilnehmenden ausgeglichen werden. Gerade im Bereich von Kindertagesstätten und Schulen muss Tempo 30 unbedingt eingehalten und in ständiger Reaktionsbereitschaft gefahren werden. Den Kindern zuliebe.

Der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes, Holger Hofmann, betont: „Eltern sollten gleich zu Beginn des neuen Schuljahres das Auto stehen lassen und die Kinder entweder zu Fuß und mit dem Rad begleiten oder sie in Lauf- oder Radelgemeinschaften selbstständig losziehen lassen. Kinder, die zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen, nehmen ihre Umgebung aktiv wahr. Sie lernen, sich gut zu orientieren und auf sich selbst aufzupassen. Das stärkt ihr Selbstbewusstsein – auch für andere Lebenssituationen.“

Die Bundesvorsitzende des VCD, Kerstin Haarmann, sagt: „Das Mobilitätsverhalten von Kindern wird entscheidend von ihren Eltern geprägt – und zwar bis ins Erwachsenenalter. Werden sie mit dem Elterntaxi zur Schule gebracht, steigen sie auch später eher ins Auto. So werden umweltschädliche Bewegungsmuster über Generationen weitergegeben. Deswegen zahlt es sich fürs ganze Leben aus, wenn Eltern mit gutem Beispiel vorangehen.“

Der Landesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, verdeutlicht: „Viele Eltern haben mittlerweile Angst, ihre Kinder laufen oder Rad fahren zu lassen, da vor dem Schultor gefährliche Situationen durch das Bringen der Kinder mit dem Auto entstehen. Dadurch wird ein Teufelskreis in Bewegung gesetzt, da immer mehr ihre Kinder mit dem Auto bringen. Die Alternative sollte sein, zumindest einen kleinen Fußweg in Kauf zu nehmen und das Auto an Elternhaltestellen zu parken. Der beste Schulweg ist der selbst zurückgelegte!“

Das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW), der ökologische Verkehrsclub VCD und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) rufen vom 20. September bis zum 1. Oktober 2021 Schulen und Kindertageseinrichtungen in ganz Deutschland zur Teilnahme an den Aktionstagen „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ auf. Anmeldungen sind unter [www.zu-fuss-zur-schule.de](http://www.zu-fuss-zur-schule.de) möglich. Auf der Webseite können auch Aktions- und Spielideen eingesehen, konkrete Tipps heruntergeladen sowie Materialien bestellt werden. Die Aktionstage stehen auch in diesem Jahr unter der Schirmherrschaft der Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Bildungsministerin Britta Ernst. Botschafterin der Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ ist die Fernsehmoderatorin Enie van de Meiklokes.

*Gemeinsame Pressemitteilung vom Deutschen Kinderhilfswerk, vom Verkehrsclub Deutschland und vom Verband Bildung und Erziehung*

## Weitere Informationen und Rückfragen:

### Deutsches Kinderhilfswerk

Uwe Kamp  
Pressesprecher  
Mail: [kamp@dkhw.de](mailto:kamp@dkhw.de)  
Telefon: 030-308693-11

### Verkehrsclub Deutschland

Anne Fröhlich  
Pressereferentin  
Mail: [anne.froehlich@vcd.org](mailto:anne.froehlich@vcd.org)  
Telefon: 030-280351-59

### Verband Bildung und Erziehung

Anne Roewer  
Leiterin Kommunikation  
Mail: [a.roewer@vbe.de](mailto:a.roewer@vbe.de)  
Telefon: 030-7261966-17

**Der ökologische Verkehrsclub VCD** ist ein gemeinnütziger Umweltverband, der sich für eine umweltverträgliche, sichere und gesunde Mobilität einsetzt. Im Mittelpunkt steht dabei der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Wünschen für ein mobiles Leben. Seit 1986 kämpft der VCD für ein gerechtes und zukunftsfähiges Miteinander zwischen allen Menschen auf der Straße – egal, ob sie zu Fuß, auf dem Rad, mit Bus und Bahn oder dem Auto unterwegs sind. Dafür arbeitet er vor Ort mit zwölf Landesverbänden und rund 140 Kreisverbänden und Ortsgruppen, bundesweit und europaweit vernetzt. Rund 55.000 Mitglieder, Spender und Aktivistinnen unterstützen die Arbeit des VCD für eine zukunftsfähige Mobilität.

**Das Deutsche Kinderhilfswerk e. V.** setzt sich seit mehr als 45 Jahren für die Rechte von Kindern in Deutschland ein. Die Überwindung von Kinderarmut und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten stehen im Mittelpunkt der Arbeit als Kinderrechtsorganisation. Der gemeinnützige Verein finanziert sich überwiegend aus privaten Spenden, dafür stehen seine Spendendosen an ca. 40.000 Standorten in Deutschland. Das Deutsche Kinderhilfswerk initiiert und unterstützt Maßnahmen und Projekte, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, unabhängig von deren Herkunft oder Aufenthaltsstatus, fördern. Die politische Lobbyarbeit wirkt auf die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hin, insbesondere im Bereich der Mitbestimmung von Kindern, ihrer Interessen bei Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen sowie der Überwindung von Kinderarmut und gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe aller Kinder in Deutschland.

**Der Verband Bildung und Erziehung (VBE)** vertritt als parteipolitisch unabhängige Gewerkschaft die Interessen von ca. 164.000 Pädagoginnen und Pädagogen – aus Kinderbereich, Primarstufe, Sekundarstufen I und II und dem Bereich der Lehrerbildung – in allen Bundesländern. Der VBE ist eine der beiden großen Lehrgewerkschaften in Deutschland und mitgliederstärkste Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion. Unter dem Dach des dbb vertritt der VBE gleichermaßen die Interessen der verbeamteten und tariflich beschäftigten Mitglieder. Er setzt sich für die Stärkung des Lehrerberufs, eine an der Profession orientierte Lehrerbildung, die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Lehrämter und eine gleiche Bezahlung für alle Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen ein. Er fordert für die Erzieherinnen und Erzieher eine Ausbildung an Fachhochschulen auf europäischem Niveau.

## DKLK-Studie 2021: Dramatische Personalunterdeckung trotz Gute-Kita-Gesetz

„40 Prozent der Kitaleitungen geben an, dass sie in mehr als einem Fünftel der Zeit wegen Personalunterdeckung ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen können. Das heißt, an mindestens einem Tag pro Woche ist die Aufsicht in diesen Kindertageseinrichtungen nicht mehr entsprechend den gesetzlichen Vorgaben garantiert. 7,3 Prozent der Befragten schätzen sogar, dass sie im zurückliegenden Jahr in über 60 Prozent der Zeit in Personalunterdeckung gearbeitet haben. Bei etwa 57.500 Kitaeinrichtungen in Deutschland hieße das: Über 4.000 Kitaeinrichtungen in Deutschland mussten über die Hälfte des Jahres unter Gefährdung der Aufsichtspflicht arbeiten. Allein diese Zahlen machen deutlich: Erwartungen, die die Politik vor allem mit dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz geschürt hat, wurden vielfach nicht erfüllt. Dass Gelder aus dem Gesetz von vielen Ländern nicht in dringend notwendige Verbesserungen der Kita-Qualität und stattdessen in eine Senkung oder Abschaffung der Elternbeiträge investiert wurden, unterstreicht den Etikettenschwindel des Gesetzes und ist eine klare politische Fehlentscheidung“, kommentiert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), anlässlich der heutigen Veröffentlichung der DKLK-Studie 2021 im Rahmen des Deutschen Kitaleitungskongresses in Düsseldorf.

„Dass 72 Prozent der Kitaleitungen angeben, dass sich der Personalmangel in den vergangenen 12 Monaten verschärft hat, verdeutlicht die Brisanz der Lage“, so Beckmann. Träger stellen heute Personal ein, welches vor Jah-

ren wegen mangelnder Passgenauigkeit nicht eingestellt worden wäre, so die Wahrnehmung von 46,9 Prozent der Befragten. Eine nahezu logische Konsequenz ist, dass die hohe Arbeitsbelastung der pädagogischen Fachkräfte zu höheren Fehlzeiten und Krankschreibungen führt, so die Bewertung von 87,6 Prozent der befragten Kitaleitungen. Dass der dramatische Personalmangel an Kitas Fachkräfte und Kinder gleichermaßen betrifft, zeigt auch der Blick auf die Fachkraft-Kind-Relation. Trotz Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr schätzen nach wie vor 80 Prozent der Befragten diese als schlechter ein, als es die wissenschaftlichen Empfehlungen für das Betreuungsverhältnis vorgeben (U3-Bereich: 1:3; Ü3-Bereich: 1:7,5).

Die Ein- und Auswirkungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie haben die Herausforderungen für Kitaleitungen zusätzlich erschwert. Als größtes Problem benennen fast 80 Prozent der Befragten ständig wechselnde und/oder unklare Vorgaben und damit fehlende Planungssicherheit. Neben der unzureichenden Personalausstattung fallen den Kitas auch die Defizite im Bereich der digitalen Ausstattung auf die Füße. 41,5 Prozent benennen eine Verbesserung dieses Bereiches als eine der drei wichtigsten Maßnahmen in Bezug auf die Situation in der Pandemie. 27 Prozent der Befragten geben zudem an, dass es eines der drei größten Probleme in der Coronapandemie sei, dass sich Eltern nicht an die Vorgaben hielten. „Das zeigt, dass sich der Frust in Teilen der Gesellschaft über bestehende ‚Coronaregeln‘ vielfach an Kita und Schule entladen hat, wie auch eine vom VBE in Auftrag gegebene forsa-Umfrage im Mai dieses Jahres zeigte. Ein wesentlicher Grund: Das Regelungschaos und die intransparente Kommunikation der Politik verunsichern viele. Die Folge sind unter anderem Konflikte an Kitas. Hier wird pädagogisches Fachpersonal dafür verantwortlich gemacht und dafür abgestraft, dass es seiner Arbeit nachkommt und die verordneten Infektionsschutzmaßnahmen umsetzt. Das darf nicht sein“, so Beckmann.

„Es verwundert in diesem Kontext nicht, dass sich auch in der DKLK-Studie 2021 keine Verbesserungen hinsichtlich der wahrgenommenen Wertschätzung des Berufsbildes durch die Öffentlichkeit und vor allem durch die Politik zeigen. Daran haben auch die öffentlichen Bekundungen über die Systemrelevanz von Kitas in der Pandemiezeit und das Gute-Kita-Gesetz nichts geändert“, urteilt der Bundesvorsitzende. Laut Studie fühlen sich fast 80 Prozent der Kitaleitungen nach wie vor von der Politik nicht ausreichend gewürdigt. „Ein zusätzliches Warnsignal: Jüngere Leitungskräfte sehen ihre Tätigkeit deutlich weniger wertgeschätzt, als es bei älteren Leitungskräften der Fall ist. Anstrengungen, den Beruf attraktiver zu ge-



stalten, werden auch konterkariert, wenn Wertschätzung und Bezahlung nicht stimmen (55,2 Prozent empfinden ihr Gehalt als tendenziell unangemessen) und übertragende Verantwortung, insbesondere im Leitungsbereich, unzufrieden macht. Erst recht, wenn man sich vor Augen führt, dass in den kommenden Jahren ein großer Teil der Leitungspositionen in Deutschland neu zu besetzen ist. Wir brauchen engagierte Menschen, die Leitungsverantwortung übernehmen, gleichzeitig ist die Gefahr offenbar, dass sich Menschen unter den bestehenden Bedingungen aus dem System verabschieden“, warnt Beckmann. Ein Kernproblem: Zwischen vertraglich festgelegter und benötigter Leitungszeit klafft eine eklatante Lücke. 16,2 Prozent der Kitaleitungen arbeiten gänzlich ohne vertraglich zugesicherte Leitungszeit. 52,6 Prozent der Kitaleitungen benötigen mehr als 60 Prozent ihrer Arbeitszeit für Leitungsaufgaben, aber nur 30,5 Prozent der Befragten wird diese Leitungszeit vertraglich eingeräumt.

#### Der VBE fordert:

1. Aufeinander abgestimmte, flächendeckende Investitionen im Rahmen einer bundesweit abgestimmten Fachkräfteoffensive, ergänzt um regional angepasste Maßnahmen. Diese müssen die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an Fach- und Hochschulen, das Angebot adäquater Entwicklungsperspektiven für ausgebildete Fachkräfte und die leichtere Anerkennung europäischer Abschlüsse einbeziehen. Die Ausbildung im frühpädagogischen Bereich darf dabei qualitativ nicht ausgedünnt werden.
2. Sofortmaßnahmen zur Beseitigung aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckungen.
3. Nachhaltige Investitionen in eine wahrnehmbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf mehreren Ebenen, vor allem bei Personalausstattung, Bezahlung, Einführung einer grundsätzlich vergüteten Ausbildung, Fort- und Weiterbildungen sowie räumlicher und sächlicher Ausstattung, um die Attraktivität des Berufsbildes dauerhaft zu stärken.
4. Eine Anpassung der vertraglich fixierten Leitungszeit an den tatsächlichen Bedarf, systematische Evaluierungen der Leitungszeit und vertragliche Korrekturen durch den Träger, wo angezeigt. Eine Entlastung von Kitaleitungen bei Verwaltungsaufgaben, unter anderem durch eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur.
5. Weitere Anstrengungen, um den Fachkraft-Kind-Schlüssel in Richtung des von der Wissenschaft empfohlenen Niveaus zu bringen. Der unterstützende Aufbau multiprofessioneller Teams muss auch in diesem Sinne gefördert werden.



6. Im Kontext der Coronapandemie nachvollziehbare, klare und – wo immer möglich – einheitliche Vorgaben für Kitas. Zudem braucht es eine ehrliche und systematische Analyse der Erfahrungen aus der Pandemie unter Einbezug aller Akteure. Von der Politik müssen präventiv Maßnahmenpläne und Mechanismen für künftige Krisenszenarien entwickelt werden. Der Aufbau eines professionellen Krisenmanagements ist zwingend erforderlich. Die Digitalität von, für und mit Kitas muss in allen Dimensionen weiterentwickelt werden.

Die DKLK-Studie 2021 ist eine Umfrage von FLEET Education Events in Kooperation mit dem VBE-Bundesverband sowie den drei VBE-Landesverbänden, dem Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), dem VBE Baden-Württemberg und dem VBE Nordrhein-Westfalen, unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Dr. Ralf Haderlein und Dr. Andy Schieler von der Hochschule Koblenz. An der Umfrage, welche zum sechsten Mal erhoben wurde, haben 4.460 Kitaleitungen teilgenommen, fast 60 Prozent mehr als 2020 und so viele wie nie zuvor. Der Deutsche Kitaleitungskongress ist eine gemeinsame Veranstaltung von FLEET Education Events, dem VBE-Bundesverband, den drei VBE-Landesverbänden – Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), VBE Baden-Württemberg und VBE Nordrhein-Westfalen – sowie der AOK.

## Es braucht eine Sicherheitsphase!

### VBE fordert besondere Vorsicht in der Zeit nach den Sommerferien

Im Juni stellte die Kultusministerkonferenz (KMK) ihre Position zur Weiterführung des Unterrichts nach den Ferien vor. Demnach ist es prioritäres Ziel, einen möglichst normalen Schulbetrieb zu gewährleisten. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, kommentierte: „Es ist schwer vorstellbar, dass sich das Infektionsgeschehen davon beeindruckt lässt, dass die KMK die Pandemie anscheinend für beendet erklärt.“ Gerade mit Blick auf den Herbst bleibe das Gremium Antworten auf die Frage schuldig, welche Planungen es für eine vierte Corona-Welle gebe.

So warnte Lothar Wieler, Präsident des Robert-Koch-Instituts, in einem Interview mit der Rheinischen Post eindringlich davor, die Hygienemaßnahmen an Schulen auszusetzen. Dies tat er vor dem Hintergrund, dass in Israel und Großbritannien vermehrt Ausbrüche an Schulen, bedingt durch die Delta-Variante, beobachtet wurden. Die damit einhergehende Sorge, dass das auch in Deutschland passieren könnte, teilt der VBE Bundesvorsitzende Beckmann. Er äußerte sich gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND): „Solange die Familien nicht geimpft sind und in der Gesamtgesellschaft die Impfquote nicht hoch genug ist, müssen wir über Schutzmaßnahmen an Schulen nachdenken. Diese müssen verhältnismäßig für das Alter der Kinder und angepasst zum Infektionsgeschehen unter Ungeimpften sein.“ Er sieht die KMK in der Pflicht, die Planungen für das neue Schuljahr entsprechend anzupassen.



Um zunächst einen möglichst sicheren Schulstart zu gewährleisten, fordert der VBE eine „Sicherheitsphase“. Denn in einigen Bundesländern fällt gerade die Maskenpflicht weg und auch das Testen wird auf ein Minimum zurückgefahren. Mit Blick auf die Verbreitung der Delta-Variante, die vielen Reisenden und den unzureichenden Impfschutz insbesondere an Grundschulen könnte das nach den Sommerferien „ein riskantes Unterfangen“ werden, so Beckmann. In Abstimmung mit dem VBE Bundesvorstand fordert der Verbandschef eine mindestens 14-tägige Sicherheitsphase nach den Sommerferien. Es müssen verstärkt, also mindestens zwei Mal pro Woche, Tests vorgenommen und auch wieder Masken getragen werden.

Diese Regelung sollte möglichst einheitlich von der Kultusministerkonferenz verabredet und umgesetzt werden. Denn unterschiedliche Regelungen, die wieder an der Bundeslandgrenze enden, führen zu Unmut – der an den Lehrkräften vor Ort ausgelassen wird. Mit transparenter Kommunikation gelte es, dies zu verhindern.



### Neue Spitze bei den VBE Frauen

Tanja Küsgens tritt die Nachfolge der im April völlig überraschend nach kurzer, schwerer Krankheit verstorbenen Jutta Endrusch an. Nach erfolgreicher Wahl am 19. Juni 2021 ist sie von der Stellvertreterin zur Bundessprecherin der VBE Frauenvertretung aufgestiegen. Bei der digitalen Hauptversammlung der VBE Bundesfrauenvertretung, in deren Rahmen die Wahl stattfand, hielt Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, ein kurzes Grußwort, in dem er das Wirken Jutta Endruschs nochmals würdigte. Insbesondere durch ihr mutiges Vordenken und die durch sie umgesetzte kooperative Führungsstruktur im Team konnte die Arbeit der Frauenvertretung schnell weitergeführt werden. Zu Gast war auch Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. Sie hielt einen inspirierenden Vortrag zu den Aktivitäten und Zielen ihres Gremiums.

Das nächste große Thema der VBE Frauenvertretung wird „Parität und Nachwuchsförderung“ sein. Hier unterstützt die Bundesgeschäftsstelle dabei, Maßnahmen zu identifizieren, die insbesondere junge Mitglieder und Frauen darin bestärken, sich aktiv im Verband einzubringen und auch Führungspositionen zu übernehmen. Auch dazu werden sich die Frauenvertreterinnen auf ihrer Jahreshauptversammlung im September austauschen. Eine Vorstellung der Ziele der Frauen im VBE und ein Kurzporträt ihrer Bundessprecherin finden Sie hier:

<https://kurzelinks.de/frauen-im-vbe>

## Ohne Ganztagsanspruch in die Sommerpause – Werden sich die Länder in den Sommerferien noch einig?

Nach jahrelangen Verhandlungen und Beteiligungsprozessen wurde das Ganztagsförderungsgesetz mit der denkbar knappsten Frist in Bundestag und Bundesrat eingebracht – und ist trotz vieler Zugeständnisse der Bundesregierung im Bundesrat nicht angenommen worden. Ein Kritikpunkt: Länder, die bereits eine hohe Betreuungsquote vorweisen können, haben nicht gleichermaßen die Möglichkeit, von den Investitionen zu profitieren, da diese darauf ausgerichtet sind, neue Plätze zu schaffen. Das hatte auch der VBE in seiner [Stellungnahme zum Referentenentwurf](#) betont. „Hätte die Politik da schon aufmerksam zugehört und auf die Expertise aus dem Bildungsbereich vertraut, wären wir heute womöglich in einer anderen Lage“, kommentierte der VBE Bundesvorsitzende, Udo Beckmann. Eigentlich wäre das Gesetzgebungsverfahren noch am Freitag, den 25. Juni 2021, gescheitert. Mit Anrufung des Vermittlungsausschusses war klar, dass keine regulären Termine mehr für die nachfolgende Abstimmung im Bundestag bestehen. Nun bleibt aber doch noch eine Chance, denn der Bundestag hat für den 7. September 2021 eine Sondersitzung einberufen. Der Bundesrat würde dann am 17. September 2021 darüber abstimmen. Schlussendlich ändere aber auch das nichts daran, dass das Hauptproblem zur Umsetzung des Rechtsanspruchs Ganztagsbildung nicht angegangen werde. „Ohne eine Fachkräfteoffensive kann dieser nicht verwirklicht werden“, so Beckmann.

## Digitalisierung von Schule: VBE Bundesvorstand verabschiedet aktualisierte Position

Im Sommer 2020 hatte der VBE Bundesvorstand vor dem Hintergrund der enormen Ein- und Auswirkungen in Folge der Corona-Pandemie ein dezidiertes Positionspapier zur Digitalisierung von Schule verabschiedet. „In Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern und im Sinne der gemeinsamen Verpflichtung, Bildungsungerechtigkeit in Deutschland abzubauen“, wurden hierin konkrete Forderungen, Maßnahmen und Fristen gegenüber den politischen Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen benannt. Am 18. Juni 2021 hat der VBE Bundesverband Zwischenbilanz gezogen und seinen Forderungen, die zum Großteil immer noch unerfüllt sind, in aktualisierter und erweiterter Fassung der Position Nachdruck verliehen: Zu den fünf Fokusbereichen digitale Mindeststandards, Grundausstattung, Anwendungen, (Weiter-)Bildungen und Kompetenzen und Lerninhalte wurden Forderungen überprüft und – etwa mit Blick auf wichtige Teilaspekte wie Datenschutz oder Inklusion – erweitert und spezifiziert. Alle Positionen des VBE Bundesverbandes sind hier abrufbar: <https://kurzlinks.de/positionen>

## Stiftung Lesen: Beckmann als Vorstandsmitglied bestätigt

Als eines von acht Mitgliedern ist der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, erneut in den Vorstand der Stiftung Lesen gewählt worden. Den Vorsitz übernimmt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. „Es freut mich sehr, in der Stiftung Lesen auch künftig zur Förderung der elementaren Grundkompetenz Lesen und hierüber zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen zu können“, kommentiert Beckmann anlässlich seiner Wiederwahl. „Menschen, gerade in einem bildungsbenachteiligten Umfeld, durch vielfältige Leseangebote zu inspirieren, zu motivieren und im Sinne eines selbstbestimmteren Lebens gezielt zu unterstützen ist und bleibt ein wichtiger Bildungsbeitrag“, so Beckmann weiter.



## Chance verspielt – Keine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz



„Selten zuvor sind so viele Mängel in unserer Gesellschaft, vor allem im Sozial-, Sicherungs- und Bildungssystem, derart schonungslos aufgezeigt worden wie in Zeiten der Corona-Pandemie. Gerade jetzt wäre es ein wichtiges Zeichen gewesen, die Rechte von Kindern fast 30 Jahre, nachdem Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention aus dem Jahr 1989 ratifiziert hat, ausdrücklich im Grundgesetz festzuschreiben. Dass diese große Chance, die Rechte von Kindern und Jugendlichen hierüber

sichtbarer, einforder- und einklagbarer zu machen, durch die fehlende Kompromissbereitschaft der Parteien vertan wurde, ist enttäuschend“, kommentiert der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, das im Juni gescheiterte Koalitionsvorhaben, über das wir im VBE Newsletter des Monats Mai noch optimistisch unter dem Titel [„Kinderrechte auf dem Weg ins Grundgesetz“](#) berichteten. „Wir erleben gerade, dass insbesondere gefährdete Gruppen wie geflüchtete Kinder, Kinder mit Behinderungen, armutsbetroffene Kinder oder Kinder, die in konfliktreichen Situationen aufwachsen, zusätzlich benachteiligt werden. Nicht nur, aber auch deshalb müssen wir die Rechte von Kindern nachhaltig stärken. Eine klar und stark formulierte Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz muss deshalb politisches Ziel bleiben“, fordert Beckmann.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
presse@vbe.de  
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

DKLK-Studie 2021:

## Dramatische Personalunterdeckung trotz Gute-Kita-Gesetz



Präsentierten die Ergebnisse der DKLK-Studie 2021 (u.l.n.r.):

Axel Korda, Geschäftsführer Fleet Education Events,  
Udo Beckmann, Bundesvorsitzender VBE,  
Anne Deimel, stellvertretende Vorsitzende VBE NRW,  
Dr. Andy Schieler, Hochschule Koblenz

Coronabedingt fünf Monate später als ursprünglich avisiert, aber dafür umso erfolgreicher. So lässt sich der Auftakt des vom VBE mitveranstalteten Deutschen Kitaleitungskongresses (DKLK) 2021 zusammenfassen, der am 24. und 25. August in Düsseldorf stattfand. Eine enorme Medienresonanz, unter anderem in der Tagesschau, erreichte der Kongress vor allem durch die in diesem Rahmen veröffentlichte [DKLK-Studie 2021](#).

An der in Kooperation mit dem VBE durchgeführten bundesweiten Umfrage, die mittlerweile zu einem wichtigen Sprachrohr der Kitaleitungen in Deutschland geworden ist, hatten 4.460 Kitaleitungen teilgenommen. Fast 60 Prozent mehr als 2020 und so viele wie nie zuvor. Und was sie konstatieren ist besorgniserregend:

„40 Prozent der Kitaleitungen geben an, dass sie in mehr als einem Fünftel der Zeit wegen Personalunterdeckung ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen können. Das heißt, an mindestens einem Tag pro Woche ist die

Aufsicht in diesen Kindertageseinrichtungen nicht mehr entsprechend den gesetzlichen Vorgaben garantiert. Erwartungen, die die Politik vor allem mit dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz geschürt hat, wurden vielfach nicht erfüllt“, so formulierte es der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in seinem Statement auf der Pressekonferenz in Düsseldorf. „Dass 72 Prozent der Kitaleitungen angeben, dass sich der Personalmangel in den vergangenen 12 Monaten verschärft hat, verdeutlicht die Brisanz der Lage“, so Beckmann weiter. Träger stellen heute zudem Personal ein, welches vor Jahren wegen mangelnder Passgenauigkeit nicht eingestellt worden wäre, so die Wahrnehmung von fast der Hälfte der Befragten. Laut Studie fühlen sich zudem fast 80 Prozent der Kitaleitungen nach wie vor von der Politik nicht ausreichend gewürdigt. Ein weiteres Kernproblem: Zwischen vertraglich festgelegter und benötigter Leitungszeit klafft eine eklatante Lücke. So arbeiten beispielsweise 16,2 Prozent der Kitaleitungen laut eigener Wahrnehmung gänzlich ohne vertraglich zugesicherte Leitungszeit. „Wenn man gleichzeitig sieht, dass von diesen 16,2 Prozent wiederum fast ein Drittel aber eine tatsächliche Leitungszeit von mehr als 60 Prozent benötigt, ist das ein Skandal“, so Beckmann.

Der VBE fordert seit Jahren aufeinander abgestimmte, flächendeckende Investitionen im Rahmen einer bundesweit abgestimmten Fachkräfteoffensive, ergänzt um regional angepasste Maßnahmen, wobei die Ausbildung im frühpädagogischen Bereich qualitativ nicht ausgedünnt werden darf. Weitere Forderungen sind unter anderem Sofortmaßnahmen zur Beseitigung aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckungen, nachhaltige Investitionen in eine wahrnehmbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf mehreren Ebenen und eine Anpassung der vertraglich fixierten Leitungszeit an den tatsächlichen Bedarf. Nicht zuletzt bedarf es weiterer Anstrengungen, um den Fachkraft-Kind-Schlüssel in Richtung des von der Wissenschaft empfohlenen Niveaus zu bringen. Im Kontext der Coronapandemie braucht es nachvollziehbare, klare und – wo immer möglich – einheitliche Vorgaben für Kitas, auch das ein klares Ergebnis der Studie. Von der Politik müssen präventiv Maßnahmenpläne und Mechanismen für künftige Krisenszenarien entwickelt werden. Der Aufbau eines professionellen Krisenmanagements ist zwingend erforderlich.

Zur DKLK Studie 2021, allen Forderungen des VBE sowie Informationen zu kommenden DKLKs gelangen Sie hier:

<https://www.vbe.de/veranstaltungen/deutscher-kitaleitungskongress/dklk-2021>



## Ein notwendiges Signal! 5 Prozent mehr als Forderung für die Tarifverhandlungen

„Das hohe Engagement der Lehrkräfte, nicht nur in der Zeit der Pandemie, muss jetzt auch finanziell aufgewogen werden, von daher ist eine fünfprozentige Erhöhung der Gehälter, mindestens jedoch 150 Euro, absolut angemessen. Ein solches Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern ist mehr als notwendig, denn außer Sonntagsreden lässt die Anerkennung der Leistung von Lehrkräften sehr zu wünschen übrig“, kommentiert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), die gemeinsame Forderungsfindung der Gewerkschaften mit Blick auf die im Oktober und November 2021 stattfindenden Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten, u. a. 200.000 tarifbeschäftigte Lehrkräfte. Er macht deutlich: „Wir erwarten die Übernahme der erzielten Einigung im Tarifbereich auch auf den Beamtenbereich!“

Mehr Informationen unter: <http://www.dbb.de/einkommensrunde>

## Schulbeginn mit Folgen: Schutzmaßnahmen müssen erweitert werden!

In den meisten Bundesländern hat die Schule wieder begonnen. Nahezu überall wurden zumindest in der Anfangsphase die Sicherheitsmaßnahmen wieder erhöht. In Berlin zum Beispiel müssen die Schülerinnen und Schüler sich drei Mal in der Woche testen lassen. Auch das Maskentragen ist obligatorisch. Trotzdem kann nicht verhindert werden, dass es zu immer mehr Infektionen in der jüngeren Zielgruppe kommt. Um bei steigenden Infektionszahlen, insbesondere in der Gruppe der ungeimpften Kinder unter 12, weiterhin die Betreuung und den Unterricht in Präsenz sicherstellen zu können, braucht es mehr Schutzmaßnahmen, fordert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE): „Allein von dem Wiederholen des Satzes, dass Schulen offenbleiben sollen, wird dies nicht geschehen. Essenziell ist, dass das Testen jetzt nicht ausgesetzt wird. Zudem ist die Anschaffung von Luftreinigern und -filtern eine optimale Unterstützung für gute Raumluft. Gleichzeitig müssen wir raus aus der permanent hohen Belastungssituation für Lehrkräfte. Unterricht in Präsenz, Aufgaben per digitalem Wege und Notbetreuung: Das geht nicht gleichzeitig!“

Der VBE sieht, dass es unterstützend sein kann, wenn entsprechend der angepassten Empfehlung der Ständigen Impfkommission jetzt auch Kinder ab 12 Jahren geimpft werden können. Trotzdem betont der Bundesvorsitzende des Verbandes, Udo Beckmann, stets, dass eine umfassende Erklärung der Minderjährigen und ihrer Eltern erfolgen muss. „Ob dies einzulösen ist, wenn die Impfung in Impfmobilien vor der Schule erfolgt, halten wir für fraglich“, erklärt er. Deshalb plädiert er dafür, die Beratung vorrangig direkt bei den medizinischen Fachkräften vornehmen zu lassen. So könne auch viel besser die Freiwilligkeit gewahrt und der Gruppenzwang minimiert werden.

## VBE-Gesprächsrunde über Generationengerechtigkeit

Anlässlich zweier von der dbb jugend erarbeiteten Positionspapiere zu Folgen des demografischen Wandels und Möglichkeiten der Vermeidung von überproportionalen Belastung der jüngeren Generationen diskutierten die VBE Jugend- und Seniorenvertretungen in einem Online-Meeting zum Thema Generationengerechtigkeit. Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann sowie die Bundessprecherin der VBE Frauenvertretung, Tanja Küsgens, vervollständigten die virtuelle Gesprächsrunde. Am Ende waren sich die Teilnehmenden darüber einig, dass der Gesetzgeber und die verantwortlichen politischen Parteien bei diesem Thema gefordert sind. Zwei wesentliche Forderungen hielten die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Generationen fest: Die Altersarmut sollte durch eine umfassende Mindestrente vermieden und jede Gesetzesvorlage müsste von einem autorisierten Beirat auf Generationengerechtigkeit überprüft werden. Die seit Langem geplante Gesprächsrunde fand am 11. August 2021 statt.



Teilnehmende am VBE-Gespräch zum Thema „Generationengerechtigkeit“

## Netzwerk Freie Schulsoftware – Schulen helfen Schulen

Im Juli dieses Jahres hat der gemeinnützige Verein Digitalcourage ein neues Hilfsprojekt gestartet: Im „[Netzwerk Freie Schulsoftware](#)“ finden alle Rat und Hilfe, die sich hinsichtlich digitaler Bildung von der Politik, den Ministerien oder Schulträgern nicht ausreichend unterstützt fühlen:

- Lehrende, die datenschutzfreundlichen, digitalen Unterricht machen möchten, aber nicht wissen wie sie anfangen sollen oder denen vermeintlich die Hände gebunden sind.
- Eltern, die sich immer wieder anhören müssen, es gäbe nur wenige funktionierende Lösungen und sich gezwungen fühlen, der Nutzung datenschutzkritischer Programme zuzustimmen.
- Schulen, denen Microsofts und Apples Angebote vermeintlich komfortabel, einfach und bequem erscheinen, die aber eigentlich wissen, dass digitale Lösungen im Bildungsbereich freier gestaltet werden sollten: mit quelloffenen, lizenzfreien und datensparsamen Programmen.

Ob Videokonferenzen, Dateiablagen, Messenger, Lernmanagementsysteme oder digitale Werkzeuge für einzelne Unterrichtsfächer – für alle gängigen kommerziellen und datensammelnden Software-Produkte gibt es freie Alternativen. Bundesweit sind auf der Plattform bereits mehrere hundert Angebote eingetragen worden, die zum Erfahrungsaustausch einladen oder Hilfe bei der Installation von Freier Software anbieten.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
presse@vbe.de  
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

## Radikalisierungsprävention

Interview mit Jule Wagner, ZEOK



Jule Wagner

**Stellen wir uns vor: Eine Schülerin kommt mit Kopftuch an die Schule. Die Lehrerin ist überrascht, die meisten Mitschüler sind es auch. Wie verhält sich die Lehrerin in diesem Moment richtig?**

Auf die meisten Situationen im pädagogischen Alltag gibt es nicht die eine richtige Antwort. Die angemessene Reaktion ist von vielen Faktoren abhängig, beispielsweise der Beziehung zwischen Lehrkraft und Schülerin, ihrem sonstigen Verhalten und ihren Äußerungen im Schulkontext.

Auch wie alt die Schülerin ist, spielt eine Rolle: Ab 14 Jahren ist man in Deutschland religionsmündig, und auch im Islam gilt das Kopftuch nach den meisten Auslegungen erst ab der Pubertät.

Grundsätzlich würde ich aber raten, erst mal nichts zu sagen und später in Ruhe zu überlegen: Wie reagiere ich bei anderen Schülerinnen auf äußerliche Veränderungen, zum Beispiel auf bunt gefärbte Haare oder ein Gothic-Outfit? Welche Bilder tauchen in meinem Kopf auf, welche Emotionen löst das bei mir aus? Wir dürfen nie vergessen: Es sind Jugendliche, die gerade in einer Phase der Identitätsfindung stecken – und da spielen Äußerlichkeiten und Ausprobieren eine große Rolle!

**Die Lehrerin sollte also so tun, als wäre das Kopftuch nicht Besonderes?**

Sie sollte die Schülerin auf keinen Fall vor der Klasse auf das Kopftuch ansprechen. Kaum ein Jugendlicher mag es, wenn Erwachsene das Äußere kommentieren! Falls

die Lehrerin es aber wichtig findet, das Gespräch zu suchen, kann sie die Schülerin später alleine ansprechen.

Aber das hat nur Sinn, wenn die Lehrerin wirklich interessiert ist an den Gründen, aus denen die Schülerin ein Kopftuch trägt. Wenn die Lehrerin nur problematisiert, wird die Schülerin in die Defensive gedrängt und sie erlebt – womöglich zum wiederholten Mal –, dass andere ihr mit Skepsis und Unterstellungen begegnen. Das hinterlässt Spuren, denn es ist das Gegenteil von Wertschätzung des Mädchens als Person.

**Gleichzeitig sind Lehrkräfte angehalten, genau hinzuschauen und hinzuhören. Bei welchen Verhaltensweisen oder Äußerungen ist denn aus Ihrer Sicht eine Reaktion geboten – und wann sollten Lehrkräfte sich zurücknehmen?**

Die Unsicherheit bei vielen Lehrkräften ist verständlich – deshalb sind Fortbildungen, Beratung und der kollegiale Austausch ja so wichtig! Der Standpunkt von ZEOK ist, dass Schulen die unterschiedlichen Zugehörigkeiten von Schülern anerkennen und wertschätzen sollten – und dazu gehört auch die religiöse Zugehörigkeit mit ihren sichtbaren Zeichen wie Kopfbedeckungen oder Speisevorschriften.

Gleichzeitig gibt es auch Grenzen für die Religionsfreiheit: Wenn sich ein Schüler demokratiefeindlich oder menschenverachtend äußert, dürfen und müssen Lehrer klarmachen, dass sie solche Positionen nicht dulden.

**Um das mal zuzuspitzen: Wenn ein Schüler einen langen Bart und Gewand trägt, weil er mit einem Salafisten sympathisiert, lass ich ihn machen. Aber sobald er sich abwertend über seine Mitschülerinnen äußert, muss ich mich einmischen?**

Ich würde sagen: Sie müssen das Gespräch suchen und Fragen stellen: Warum sagst du so etwas? Wie kommst du darauf? Wie gesagt: Schüler werden oft in einem Alter auffällig, in dem ihr Leben im Umbruch ist, sie sich von ihren Eltern und anderen Erwachsenen abgrenzen wollen oder einfach Lust an der Provokation haben.

Solche Gespräche funktionieren natürlich besser, wenn Schüler sich im Schulalltag ohnehin immer wieder mit demokratischen Grundrechten und -freiheiten auseinandersetzen, und nicht erst, wenn Konflikte auftauchen.

Dennoch: Es gibt auch Jugendliche, die ihre extremen Auffassungen vehement verteidigen oder sich auf die

### Zur Person

Jule Wagner ist am Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur (ZEOK e. V.) Ansprechpartnerin für das „Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit“, dem auch CLAIM (Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit) und die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland angehören.

Der Verein ZEOK hat das Ziel, den Dialog zu fördern und zum gegenseitigen Verständnis beizutragen – u. a. durch politische Bildungsarbeit, für die aus der Sicht von ZEOK den Schulen viel mehr Zeit eingeräumt werden muss.

Jule Wagners Arbeitsschwerpunkte liegen auf den Themen Islam und Schule, Antidiskriminierungspädagogik und transkultureller Bildung.



Position „Das ist halt meine Wahrheit!“ zurückziehen. Dann sollten LehrerInnen sich an die Schulleitung und ihr Team wenden und den Kontakt zu einer Beratungsstelle suchen.

**Nun haben wir viel über auffällige Jugendliche gesprochen, schauen wir auf jetzt mal auf die Lehrkräfte. Wo begegnet Ihnen bei den ZEOK-Fortbildungen an Schulen denn Islam- und Muslimfeindlichkeit?**

Die gibt es auf verschiedenen Ebenen. Das fängt bei Schulbüchern an, in denen das Thema Muslime oder Islam gerne mit einem Kamel unter Palmen illustriert wird – als wäre der Islam nur außerhalb Deutschlands zu finden. Oder es steht ein Info-Kasten zum Thema „Integrationskonflikte“ neben dem Text zum Islam. Ist das wirklich die erste Assoziation, die Schüler haben sollten? Wir würden uns wünschen, dass Lehrkräfte solche kritischen Punkte mit den SchülerInnen reflektieren oder andere Lehrmaterialien einsetzen.

Manchmal diskriminieren auch die Strukturen an einer Schule die muslimischen Kinder und ihre Familien – zum Beispiel, wenn das einzige Schulfest im Jahr im Ramadan geplant wird oder auf dem Grill nur Würstchen aus Schweinefleisch liegen.

**Die Satire-Sendung „Datteltäter“ im Internet-Kanal „Funk“ von ARD und ZDF bringt alle möglichen Vorurteile gegen Muslime in Deutschland auf den Tisch.**

**Bei den Sprüchen des Lehrers im Video „Wenn Rassismus ehrlich wäre: Schule“ bleibt einem das Lachen im Halse stecken. Haben Sie so etwas auch schon erlebt?**

In der Häufung natürlich nicht, aber einzelne Aussprüche und Szenen schon. Ganz typisch ist zum Beispiel, dass als muslimisch wahrgenommene Schüler ein Expertentum zugeschrieben wird. Da steht der Islam auf dem Stundenplan und der Lehrer sagt: „Da kann uns Ayşe doch bestimmt etwas dazu sagen“, obwohl Ayşe vielleicht gar nicht gläubig ist. Oder Mohammed bekommt in Erdkunde das Referat über Syrien aufgedrückt, obwohl er sich lieber mit einem anderen Land auseinandergesetzt hätte.

Die Lehrkräfte meinen das womöglich gar nicht böse, aber so wird ein Anderssein oder Fremdsein unterstellt und nicht der oder die individuelle Schüler\*in gesehen. Das passiert auch leicht durch die Sprache, wenn wir beispielsweise unterscheiden zwischen „uns“ und „den Muslimen“. Hier müssen wir präzise sein und uns immer bewusst machen: Wen schließe ich im Wir ein – und wen schließe ich aus?

**Nicht selten grenzen Schüler muslimischen Glaubens oder nicht deutscher Herkunft sich aber selbst ab von „den Deutschen“. Oder, auch das berichten Lehrer, sie kontern Kritik an ihren Leistungen oder an ihrem Verhalten mit Sätzen wie „Sie sind ja nur gegen uns, weil wir anders sind!“ oder „Das ist rassistisch!“. Wie sollen Lehrkräfte damit umgehen?**

Ich kann mir vorstellen, dass viele Lehrkräfte da genervt sind oder sich zu Unrecht angegriffen fühlen. Aber sie sollten solche Aussagen nicht herunterspielen oder abwehren, sondern sehr ernst nehmen. Denn dahinter stecken Erfahrungen von Diskriminierung und Rassismus, die die Schüler schon gemacht haben – ob in- oder außerhalb der Schule – und die sich vielleicht gerade wiederholen. Wichtig ist, in der Schule einen Raum für Rassismus-Erfahrungen zu schaffen und eine Anlaufstelle für Betroffene. Wenn ein offenes vertrauensvolles Gespräch über Rassismus-Erfahrung möglich ist, dann kann auch im Einzelfall benannt und verständlich gemacht werden, warum bspw. eine schlechte Note womöglich nichts mit der Herkunft, der Religion oder der Hautfarbe eines Schülers zu tun hat.

**Und hier gilt wie bei dem Beispiel Kopftuch: nicht vor der versammelten Klasse in die Diskussion einsteigen, sondern in Ruhe ein Gespräch unter vier Augen führen?**

Am besten wäre, wenn es in der Schule Raum für das Thema Ausgrenzung und Diskriminierung gäbe. Wenn darüber also offen gesprochen wird und wenn die SchülerInnen wissen: Ich werde ernst genommen mit meiner Sicht auf die Dinge und meinen Gefühlen. Dann könnten sich beispielsweise Lehrer und Schüler zum Gespräch verabreden und noch den Vertrauenslehrer dazuholen.

**Mein Gegenüber wahrzunehmen und wertzuschätzen, statt abzugrenzen und abzuwerten: Das ist also der Kern der Radikalisierungsprävention?**

Ja, sich mit der eigenen Identität und Biografie auseinanderzusetzen und für diese Wertschätzung zu erfahren, begreifen wir als einen wesentlichen Mosaikstein von Radikalisierungsprävention. Aber diese Art, miteinander umzugehen, ist nicht nur Mittel zum Zweck! Kinder und Jugendliche haben einfach das Recht, bestimmte Ausgrenzungserfahrungen nicht machen zu müssen.

**... wie sie es zum Beispiel nach den Attentaten von Hanau erlebt haben, wo es keine Schweigeminute an den Schulen gab, anders als ein paar Monate später für den Lehrer Samuel Paty?**

Richtig. Ich glaube, hierzulande wurde nicht wirklich realisiert, wie sehr das Attentat von Hanau die Menschen mit Migrationsgeschichte erschüttert hat, welche Angst und Trauer bei ihnen ausgelöst wurden. Das gilt auch für SchülerInnen und auch für Menschen, die nicht in Hanau leben! Die Gedenkminute für Samuel Paty hat dann bei einigen muslimischen Schülern Irritation bis Wut ausgelöst, weil bei ihnen das Gefühl entstanden ist: Wir sind weniger wert, dieses Attentat wird wichtiger genommen!

**Was wäre aus Ihrer Sicht der richtige Umgang der Schulen mit den Attentaten von Hanau und Paris gewesen?**

Wir plädieren dafür, dass Schulen bei solchen einschneidenden politischen Ereignissen den SchülerInnen immer die Möglichkeit geben, Gedanken und Gefühle zu äußern und Fragen zu stellen. Eine Gedenkminute kann auch eine passende Reaktion sein. Aber: Sie sollte nicht für sich stehen. Lehrer und Schüler sollten besprechen, was der Anlass für die Gedenkminute ist, wie die Schüler darüber denken – und sie sollten die Freiheit haben, sich nicht anschließen zu müssen.

**Und das übernimmt dann der Lehrer, der die Klasse zufällig in der ersten Stunde hat – oder müssen da die PoWi-Lehrer ran?**

Es sollte jedenfalls nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern das Kollegium sollte ein Vorgehen abstimmen. Davon abgesehen: Die Frage „Wie geht es euch?“ sollte jeder Lehrer stellen können.

**Empathie ist das eine, ein Bewusstsein für die eigenen Vorurteile und Wissen über Kultur und Religion das andere. Was bietet ZEOK da für Lehrkräfte an?**

Unsere Fortbildungen drehen sich um Willkommenskultur und Vielfalt, vorurteilsbewusste Religionsbildung und Muslimfeindlichkeit. Und obwohl wir in Leipzig sitzen, arbeiten wir auch überregional und bundesweit! Gleichzeitig empfehlen wir Schulen auch immer, sich vor Ort Partner zu suchen – Projekte politischer Bildungsarbeit, Beratungsstellen oder Gemeinden, mit denen man in den Austausch gehen kann. Auf unserer Homepage stehen zudem auch viele Materialien für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bereit.

**Zu den ZEOK-Materialien gehört auch die Wanderausstellung „Muslimisch in Ostdeutschland“. Welche Besonderheit gibt es denn dort?**

Menschen muslimischen Glaubens sind in den meisten ostdeutschen Städten und Regionen eine noch stärkere Minderheit als im Westen. Gleichzeitig gibt es in Ostdeutschland mehr Menschen, die Religion im Allgemeinen eher skeptisch gegenüberstehen. Es lohnt also, einen Blick darauf zu werfen, wie Religion allgemein betrachtet wird.

Unsere Ausstellung trägt allerdings den Titel „Muslimisch in Ostdeutschland“, weil sie für diese Region konzipiert ist und wir uns bemüht haben, Bilder, Menschen und Orte von vor Ort einzubinden. Es ist doch schön, dann muslimische Menschen und Gemeinden beispielsweise aus Leipzig oder Erfurt zu sehen und nicht nur aus Frankfurt/Main und Berlin-Neukölln.

Das Interview führte Eva Keller, VBE Hessen.

## Junger VBE und Senior:innen im VBE im Gespräch zum Thema Generationengerechtigkeit

Am 11.08.2021 fand im zweiten Anlauf die seit Langem geplante Gesprächsrunde der Jugend- und Seniorenvertretungen des VBE in Anwesenheit des VBE-Bundesvorsitzenden Udo Beckmann und der Bundessprecherin der Frauen im VBE, Tanja Küsgens, in einem Online-Meeting statt. Anlass dafür waren zwei Positionspapiere, die von der dbb jugend bund erarbeitet worden waren. Inhalt dieser Papiere ist die Auseinandersetzung mit den Folgen des demografischen Wandels und dessen Auswirkungen auf die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Zudem werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie eine überproportionale Belastung der jüngeren Generationen vermieden werden könnte. Unter dem gleichen Blickwinkel werden die Zukunft des öffentlichen Dienstes und die Bewältigung der beamtenrechtlichen Versorgungslasten kritisch beleuchtet.

Einig waren sich alle Teilnehmer:innen darüber, dass hier der Gesetzgeber und die verantwortlichen politischen Parteien gefordert sind. Man war sich bewusst, dass nur auf diesem Weg der Tatsache, dass ältere Bürger:innen gegenüber der jungen Generation überrepräsentiert sind und diese hierüber eine stärkere „Wahlmacht“ besitzen, angemessen begegnet werden könne. So fand auch die wesentliche Forderung der Jugend, dass jede Gesetzesvorlage von einem autorisierten Beirat auf die Generationengerechtigkeit überprüft werden müsse, einhellige



Zustimmung. Zur Vermeidung von Altersarmut sollte die gerade eingeführte Grundrente langfristig in eine umfassende Mindestrente überführt und sollten die Betriebsrenten möglichst verpflichtend werden.

Gerhard Kurze

V. l. n. r.: erste Reihe: Udo Beckmann (VBE-Bundesvorsitzender), Heinrich Bahns (VBE-Senioren), Max Schindlbeck (VBE-Senioren) / zweite Reihe: Gerd Kurze (VBE-Senioren), Susann Meyer (Junger VBE), Florian Schütz (dbb jugend) / dritte Reihe: Monika Faltermeier (Junger BLLV), Tanja Küsgens (VBE-Frauen)

 **DSLK**  
Deutscher **2021**  
Schulleitungskongress

**Jetzt anmelden!**

Deutschlands größte Fachveranstaltung für Schulleitungen.  
25.-27. November 2021, Congress Center Düsseldorf

Infos und Tickets unter: [www.deutscher-schulleitungskongress.de](http://www.deutscher-schulleitungskongress.de)

Schirmherrschaft  **KULTUSMINISTER  
KONFERENZ**

Bis 30.09.2021  
**130 € sparen\***

Zusätzlich 10 € Rabatt  
mit Gutscheincode:  
VBEDSLK2021



\*Jetzt bis zum 30.09.2021 für 520 € anstatt 650 € buchen.

**10** Jahre  
DSLK



## Betriebliche Gesundheitsförderung – die BGF-Koordinierungsstelle Sachsen-Anhalt

Gesunde, leistungsfähige und motivierte Mitarbeiter sind die Basis für wirtschaftlichen Erfolg. Das gilt insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen.

Daher haben die Krankenkassen in Sachsen-Anhalt bereits seit einiger Zeit eine professionelle Anlaufstelle zur betrieblichen Gesundheitsförderung initiiert – die **BGF-Koordinierungsstelle**.

Kern des Angebotes ist eine individuelle Beratung durch die Präventionsexperten der gesetzlichen Krankenkassen. Die **kostenfreie** Erstberatung erfolgt telefonisch oder auf Wunsch auch persönlich vor Ort nach vereinbarten Standards auf der Grundlage des sogenannten GKV-Leitfadens Prävention.

### Zur Beratung gehören:

- eine individuelle Bestandsaufnahme in Sachen Beschäftigtengesundheit,
- Informationen zur Umsetzung einer nachhaltigen betrieblichen Gesundheitsförderung,
- Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen sowie zu
- möglichen Maßnahmen im Sinne der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Zur Unterstützung von Arbeitgebern von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) bei der BGF-Umsetzung wurde die regionale BGF-Koordinierungsstelle Sachsen-Anhalt als ein internetbasiertes Informations- und Beratungsportal eingerichtet.

Über das Webportal [www.bgf-koordinierungsstellen/sachsen-anhalt.de](http://www.bgf-koordinierungsstellen/sachsen-anhalt.de) wird ein einfacher Zugangsweg zu den Gesundheitsförderungsleistungen der Krankenkassen sichergestellt.

In drei Schritten gelangen Sie zur **kostenlosen und wettbewerbsneutralen Beratung**:

1. Auf der Webseite [www.bgf-koordinierungsstellen.de](http://www.bgf-koordinierungsstellen.de) Ihre Postleitzahl eingeben.
2. Den kurzen Fragebogen befüllen, um Ihr Anliegen zur Gesundheit im Betrieb zu erfassen, und absenden.
3. Innerhalb von zwei Werktagen meldet sich ein Präventionsexperte der gesetzlichen Krankenkassen für die Terminierung einer bedarfsbezogenen Erstberatung für Ihr Unternehmen.

Die BGF-Koordinierungsstelle unterstützt Unternehmen bei der Vermittlung hilfreicher Partner.

Die gesetzlichen Krankenkassen als Initiatoren der BGF-Koordinierungsstelle haben sich das Ziel gesetzt, auch Sie zu erreichen und Ihr Unternehmen von betrieblicher Gesundheitsförderung profitieren zu lassen. Hierzu kooperiert die BGF-Koordinierungsstelle mit regionalen und landesweiten Unternehmensorganisationen.

Jedes Unternehmen ist individuell. Die Expertinnen und Experten beraten Sie daher persönlich unter Berücksichtigung Ihrer spezifischen Unternehmenssituation.

**Nutzen auch Sie die Möglichkeit der Beratung – es lohnt sich.**

<https://bgf-koordinierungsstelle.de/sachsen-anhalt/>



## Andere Adresse? Mehr Geld – andere Entgeltgruppe? In Altersteilzeit? Andere Schule?

Liebes Mitglied, um auch in Zukunft gut informiert zu sein oder einfach die Vorzüge der Mitgliedschaft besser in Anspruch nehmen zu können, ist es notwendig, dass die Landesgeschäftsstelle immer auf dem aktuellen Stand ist. Sollte sich die Bankverbindung geändert haben (z. B. durch Änderung der Bankleitzahl), dann ist es dringend erforderlich, diese geänderten Daten mitzuteilen. Eine Fehlbuchung kann je nach Bank bis zu 10 EUR kosten!

Helfen Sie dem VBE Sachsen-Anhalt, diese unnötigen Kosten zu sparen, und senden Sie diesen Abschnitt an: Verband Bildung und Erziehung, Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle, Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale oder per Fax 0345-6872178.

- Änderung der Dienststelle     
  Löschung der Mitgliedschaft     
  Änderung des Namens  
 Änderung der Bankverbindung     
  Änderung der Anschrift     
  Änderung der Arbeitszeit  
 Änderung der Vergütung (Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe)     
  Änderung zu Altersteilzeit/Renteneintritt  
 \_\_\_\_\_     
  \_\_\_\_\_

Mitglied \_\_\_\_\_

Änderung im Detail \_\_\_\_\_

### Datenschutzerklärung/Einwilligung:

Verband Bildung  
und Erziehung  
Feuersalamanderweg 25  
06116 Halle  
T. + 49 345 - 6872177  
F. + 49 345 - 6872178  
E-Mail: post@vbe-lsa.de

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen der Mitgliederverwaltung des VBE Sachsen-Anhalt elektronisch erfasst, gespeichert, bearbeitet und zum Zweck der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Verbandes auch weitergegeben werden. Es ist dabei gewährleistet, dass dies nur zur Erfüllung der Verbandsaufgaben und zur Inanspruchnahme der Leistungen aus der Mitgliedschaft erfolgt. Dies umfasst auch die Kommunikation per E-Mail und das Verwenden der von Ihnen angegebenen Adressdaten zu diesen Zwecken.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Kenntnis davon und mein Einverständnis.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Bitte unterschrieben zurücksenden!



*Junger*



# Landesvertretertag 2022

Mercure Hotel Halle-Leipzig, Landsberg/Peißen

## Donnerstag, 7. April 2022

Verband Bildung und Erziehung – Landesverband Sachsen-Anhalt  
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt

Landesgeschäftsstelle:

Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle

Tel.: 0345-6872177, Fax: 0345-6872178, E-Mail: [post@vbe-lsa.de](mailto:post@vbe-lsa.de)